



Nationalrat berät sieben halbe Tage in einem Sonderausschuss das Bildungsvolksbegehren

„Evidenzen liegen auf“

■ Bildungsexpertin Koenne glaubt, dass alle Punkte abgearbeitet werden können.

Wien. (pech) Der Nationalrat wird heute, Donnerstag, in seiner Sitzung die Behandlung des Bildungsvolksbegehrens in einem Sonderausschuss beschließen. Die Bildungssprecher der fünf Parlamentsparteien haben sich bereits am Mittwoch auf einen Fahrplan für diesen Sonderausschuss geeinigt: Mehr als 383.000 Unterschriften hat das Volksbegehren erzielt und somit die 100.000-Hürde für eine Behandlung im Parlament genommen.

Von der Ganztagschule bis zur Gesamtschule und einer gemeinsamen Lehrerbildung reichen die Forderungen des Volksbegehrens, das der Industrielle Hannes Androsch initiiert hatte.

Bildungsexpertin Christa Koenne, die beim Volksbegehren mitgewirkt hat, ist überzeugt, dass die parlamentarischen Beratungen, die auf sieben halbe Tage anberaumt sind, ausreichen. „Ich bin deshalb so zuversichtlich, weil die Evidenzen auf dem Tisch liegen. Wenn diese Fakten jenseits ideologischer Begründungen abgewogen werden, kann man sehr rasch zu einem guten Ende kommen“, sagte Koenne zur „Wiener Zeitung“.

Dass man etwa den angeblichen Halbtagesrhythmus von Schule, der dann ohnehin so aussieht, dass sechs Stunden am Vormittag und zwei Stunden am Nachmittag sind, anders organisieren müsse, sei in der Zwi-

schenszeit fast allen klar. „Auf eine Ganztagschule wird man sich also sehr rasch einigen können“, sagte die frühere AHS-Direktorin Koenne. Auch bei der Gesamtschule sieht sie Möglichkeiten. „Schließlich haben wir die gemeinsame Schule schon. In Wien ist es die AHS mit der Neuen Mittelschule als Restschule. Am Land ist es genau umgekehrt.“ Die Lehre müsse auf die gesellschaftlichen Veränderungen reagieren, sagte Koenne.

Auch Volksbegehren-Initiator Androsch scheint zufrieden. Es sei gelungen, das Thema Bildung „von der Peripherie ins Zentrum der politischen Aufmerksamkeit zu lenken und eine breite politische Integration zu erreichen“, sagte er. Nun hofft er auf eine „nationale Anstrengung“ im Parlament.

Sieben halbe Tage haben sich die Abgeordneten für die Behandlung dieses Themas – die zwölf Forderungen sind in sieben Blöcke geteilt – vorgenommen. Die Sitzungen sollen öffentlich sein – mit Ausnahme der Schlussrunde. Die Konstituierung des Sonderausschusses ist für 1. Februar angesetzt, die erste inhaltliche Debatte folgt am 16. Februar. Auch Experten des Bildungsvolksbegehrens sollen zu Wort kommen. Ziel sei es, in einem Bericht konkrete Gesetzesvorschläge vorzulegen, erklärte Grünen-Bildungssprecher Harald Walser. ■



Bildungswegentscheidungen sollen erst mit zehn Jahren getroffen werden – fordern Bildungsexperten. Foto: apa/Harald Schneider